

Die türkische Kurdenpolitik unter der AKP-Regierung: alter Wein in neuen Schläuchen?

Gülistan Gürbey

Am 12. November 2012 wurde im türkischen Parlament ein Gesetzentwurf diskutiert, der kurdischen Staatsbürgern den Gebrauch ihrer Muttersprache im öffentlichen Leben, etwa vor Gericht, erleichtern sollte. Auf dem Parteitag der AKP hatte der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan am 30. September 2012 seine „kurdischen Brüder“ dazu aufgefordert, sich vom Terrorismus zu distanzieren und gemeinsam ein „neues Kapitel des Friedens und der Brüderlichkeit“ aufzuschlagen. Sollte der Gesetzentwurf also ein erster Schritt einer neuen Kurdenpolitik sein?

Analyse

Eine neue Ausrichtung der türkischen Kurdenpolitik ist bislang nicht zu erkennen, obwohl der innere und der äußere Anpassungsdruck – insbesondere aufgrund der Gewalteskalation zwischen der PKK und dem Militär sowie bedingt durch den Bürgerkrieg in Syrien – gestiegen ist. Zwar hat die AKP-Regierung die bisher weitreichendsten Reformen verabschiedet, dennoch bleibt ihre kurdenpolitische Strategie von Inkohärenz und Doppelgleisigkeit gekennzeichnet. Sie ignoriert den „Zeitgeist“ und verhindert eine nachhaltige Konfliktlösung.

- Die kurdenpolitische Strategie der AKP-Regierung folgt weiterhin dem Primat eines rigiden türkischen Nationalismus. Islam-religiöse und historisch-osmanische Komponenten dienen dazu, die nationale Einheit über „religiöse und historische Brüderlichkeit“ zu generieren. Diese ideologischen Leitlinien lassen nur eine begrenzte Liberalisierung zu.
- Die Wahrnehmung der Kurdenfrage als Gefahr für die nationale und territoriale Integrität sowie die kurdenpolitischen Ziele sind von Kontinuität gekennzeichnet: Verhinderung der Entstehung eines kurdischen Staates, Bekämpfung der PKK, Eindämmung kurdischer Forderungen und kurdischer Politik.
- Mit einer Doppelstrategie, die auf einem Politikmix von militärischen und politischen Maßnahmen und rhetorischem Aktionismus basiert, kanalisiert die AKP-Regierung den Anpassungsdruck, erreicht damit aber keine nachhaltige Konfliktlösung.
- Die zunehmende Regionalisierung des internen Gewaltkonfliktes und die Erstarkung des kurdischen Nationalismus insgesamt erfordern eine strategische Kehrtwende und eine Anpassung an die realen Entwicklungsprozesse.

Schlagwörter: Türkei, AKP, Kurden, Reformen, PKK

Ideologische Klammer: Nationalismus, Islam und Neo-Osmanismus

Die regierende Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP) ist die stärkste und einflussreichste politische Kraft in der Türkei. Seit ihrer Regierungsübernahme im Jahr 2002 hat die AKP unter Ministerpräsident Erdogan den Einfluss der traditionellen kemalistisch-laizistischen Eliten (Militär, Staatsbürokratie, Justiz, Teile der Politik und der Medien) geschwächt und die eigene Machtposition stetig ausgebaut. Diese Entwicklung schlägt sich teilweise in neuen Politikgehalten und -strategien nieder, die nicht immer von traditionellen Prämissen und Grundlagen geleitet sind und zum Teil sogar im Kontrast zu diesen stehen.

Die Kurdenpolitik zählt jedoch zu jenen wenigen Politikbereichen, die nicht von diesen Änderungen betroffen sind. Im Gegenteil: Die Kurdenpolitik der AKP-Regierung bleibt in die ideologischen Grundlagen der türkischen Verfassungs- und Staatsordnung eingebettet, die vom Primat des türkischen Nationalismus geleitet sind. Dieser Ansatz ist auch für die traditionellen kemalistischen Kräfte von essentieller Bedeutung. Die wesentlichen Elemente sind

1. ein rigides Nationen- und Staatsverständnis, das nach Homogenität und Einheit strebt;
2. der unabänderliche Verfassungsgrundsatz von der unteilbaren Einheit von Staatsgebiet und -volk, welche den Herrschaftsanspruch der türkischen Nation und eines zentralistisch strukturierten Staates und seiner Einheitsideologie sichert; und
3. ein restriktiver Minderheitenschutz, der auf der Grundlage der Minderheitenklauseln des Lausanner Friedensvertrages von 1923 nur die nicht-muslimischen Minderheiten (Griechen, Armenier und Juden) umfasst, jedoch die 12-15 Millionen in der Türkei lebenden Kurden trotz ihrer großen Bevölkerungszahl nicht einbezieht.

Diese ideologischen Grundlagen stehen bis heute unter verfassungsrechtlichem Schutz. So kann der genannte Grundsatz von der unteilbaren Einheit von Staatsgebiet und -volk auch weiterhin zur Beschneidung von Grundrechten und Bürgerrechten angewandt werden, da sein genauer Inhalt und Gültigkeitsbereich nicht definiert sind. Vor allem im Zusammenhang mit der Kurdenfrage wird dieser Grundsatz oft herangezogen und dient mitun-

ter dazu, die Presse- und Meinungsfreiheit einzuzengen. Ob eine Lockerung dieses ideologischen Leitprinzips im Rahmen einer neuen zivilen Verfassung in Angriff genommen werden wird, bleibt zunächst abzuwarten.

Zusätzlich zu einem rigiden Nationalismus sind Islam und Neo-Osmanismus zwei weitere ideologische Triebfedern der Kurdenpolitik der AKP-Regierung. Beide Elemente umfassen sowohl eine Rückbesinnung auf die osmanische Vergangenheit als auch die Betonung der gemeinsamen Religionszugehörigkeit. Sie apostrophieren die nationale Einheit, negieren aber gleichzeitig die politisch-nationale Dimension der Kurdenfrage. Zum einen soll durch die Betonung der gemeinsamen Zugehörigkeit zum Islam „religiöse Brüderlichkeit“ und „nationale Einheit“ generiert werden. Zum anderen impliziert die Rückbesinnung auf die osmanische Vergangenheit eine „osmanische Lösung“ der Kurdenfrage, die intern eine begrenzte Liberalisierung im Bereich der kulturellen Rechte zulässt und extern den eigenen Einflussbereich in der Kurdenfrage explizit erweitert. Die AKP unterscheidet sich zwar hinsichtlich der Bewertung von „Islam“ und „Neo-Osmanismus“ von kemalistischen Kräften, nicht aber bezüglich des Primats der türkischen Nation sowie der Einflussnahme auf die Kurdenfrage außerhalb der nationalen Grenzen. Der Grund dafür liegt darin, dass die AKP zwar keine kemalistische Partei, wohl aber eine türkisch-nationalistische Partei mit islamisch-konservativer Grundprägung ist. Der Schutz des türkischen Nationalismus und der türkischen Nation ist der gemeinsame ideologische Nenner von AKP und kemalistischen Kräften. Er determiniert eine negative Wahrnehmung der Kurdenfrage, leugnet deren politisch-nationale Dimension und bevorzugt einen militärisch-sicherheitspolitischen Ansatz, der auf Gewaltanwendung und Repression beruht. Deshalb nimmt die AKP-Regierung die Kurdenfrage weiterhin als eine Gefahr für die territoriale und nationale Einheit wahr. Während das Primat eines rigiden türkischen Nationalismus in der Kurdenfrage einen „harten Kurs“, d.h. Gewaltanwendung, Repression und nationalistische Rhetorik impliziert, lassen die beiden ideologischen Elemente „Islam“ und „Neo-Osmanismus“ eine gemäßigte, von „brüderlichen Tönen“ gekennzeichnete kurdenpolitische Rhetorik zu.

Eckpfeiler der Kurdenpolitik: Doppelstrategie und Politikmix

Die Kurdenpolitik der AKP-Regierung ist in den genannten staatsideologischen Gesamtrahmen eingebettet. Gleichwohl hat die AKP-Regierung bislang die weitreichendste kurdenpolitische Liberalisierung durchgesetzt. Die Kurdenfrage ist längst kein Tabuthema mehr und steht im Fokus eines kontroversen innenpolitischen Diskurses.

Im Mittelpunkt der Kurdenpolitik stehen zwei Fragen: Die erste betrifft die politische Regelung des internen Konfliktes um die politisch-kulturellen Rechte von Kurden und der Umgang mit der militanten Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), mit der seit 1984 ein militärischer Gewaltkonflikt mit verheerenden Folgen ausgetragen wird. Die zweite zentrale Frage richtet den Fokus auf die regionale Dimension und die Einbettung des internen Konfliktes in den Gesamtkonflikt, der die Staaten Syrien, den Irak und Iran einbezieht und das regionale politische Gefüge beeinflusst. Wesentliches Ziel ist es, entscheidenden Einfluss auf die Entwicklungen in der kurdischen Frage auch außerhalb der eigenen Grenzen zu nehmen.

Trotz gewisser Veränderungen in der kurdenpolitischen Strategie der AKP-Regierung sind ihr Grundverständnis der Kurdenfrage und ihre wesentlichen Ziele von Kontinuität gekennzeichnet, die auf einem nationalen Konsens basieren und von der begrenzten Liberalisierungspolitik nicht berührt sind. Diese Ziele sind:

- die Verhinderung der Entstehung eines kurdischen Staates,
- die Einflussnahme auf die Entwicklungen in der Kurdenfrage,
- die Schwächung und Kontrolle der kurdischen Nationalbewegungen und
- die militärische und politische Bekämpfung der PKK.

Die AKP-Regierung hat ihre bisherige Politik bezüglich der föderalen Region Kurdistan-Irak, die sie bislang verleugnete, strategisch neu ausgerichtet und die Beziehungen auf allen Ebenen intensiviert. Ein wesentlicher Grund dafür ist das Ziel, die Unterstützung der kurdischen Regionalregierung im Kampf gegen die PKK, die von Irakis-Kurdistan aus agiert, sicherzustellen. Gegenwärtig tangiert vor allem der Bürgerkrieg in Syrien innen-, außen- und sicherheitspolitische Interessen

der Türkei. Dabei spielt der kurdische Faktor eine wesentliche Rolle, zumal die Anschläge der PKK in der Türkei während der letzten Monate signifikant gestiegen sind. Die Türkei befürchtet, dass aufgrund der dominierenden Rolle der aus der PKK hervorgegangenen Partei der Demokratischen Einheit (PYD) im Norden und Nordosten Syriens entlang der türkisch-syrischen Grenze eine weitere autonome Kurdenregion – ähnlich wie im kurdischen Nordirak – entstehen könnte, welche die türkischen Kurden beeinflussen und die Entstehung eines gesamtcurdischen Staates befördern würde.

Die AKP-Regierung betrachtet die Kurdenfrage und die PKK – wie alle bisherigen Regierungen – als Gefahr für die territoriale und nationale Einheit. Auch sie trennt strikt zwischen der Behandlung der PKK als einer Frage des Terrorismus und des Umgangs mit der generellen Kurdenfrage als einem sozioökonomischen und sicherheitspolitischen Problem. Dabei negiert sie den Zusammenhang zwischen dem ungelösten Konflikt und der Entstehung der PKK sowie die historisch tief verankerte politisch-nationale Dimension des Konfliktes. Dieser ist eine historische Erblast infolge der Friedensregelungen nach dem Ersten Weltkrieg und des Zusammenbruchs des Osmanischen Reiches, welche den Kurden Selbstbestimmung und die Gründung eines kurdischen Nationalstaates verweigerten.

Die Kurdenpolitik der AKP-Regierung wird von einer Doppelstrategie bestimmt, die zum einen auf einem Politikmix von militärischen und politischen Maßnahmen und zum anderen auf rhetorischem Aktionismus basiert. Letzterer reicht – je nach Zweck – von nationalistischen bis zu gemäßigten Tönen. Die Eckpfeiler sind, erstens unter Wahrung der staatsideologischen Grundlagen eine begrenzte Liberalisierung im Bereich der kulturellen Individualrechte zuzulassen; zweitens gleichzeitig die legalen Politikräume von Kurden einzudämmen und zu kontrollieren. Dies umfasst sowohl die Marginalisierung der durch Wahlen legitimierten kurdischen Partei für Frieden und Demokratie (BDP) als auch sämtliche kurdisch-politischen Aktivitäten im zivilgesellschaftlichen Bereich. Drittens gilt es, die PKK militärisch und politisch zu bekämpfen und zur Niederlegung der Waffen zu zwingen.

Begrenzte kurdenpolitische Liberalisierung, 2002-2005 und 2009

Die kurdenpolitische Liberalisierung der AKP-Regierung umfasst im Wesentlichen zwei Komponenten: Die im Zuge des EU-Beitrittsprozesses der Türkei im Zeitraum von 2002-2005 verabschiedeten Reformen und die im Sommer 2009 angekündigte und im Kern ein Lippenbekenntnis gebliebene „Politik der demokratischen Öffnung“.

Nach der Regierungsübernahme im November 2002 legte die AKP-Regierung ihre Priorität auf den innenpolitischen Reformprozess, weil der Druck infolge des EU-Beitrittsprozesses und der Anforderungen aus dem zivilgesellschaftlichen Bereich gestiegen war. Begünstigt wurde das Handeln der Regierung durch die Verhaftung des PKK-Führers Abdullah Öcalan im Februar 1999, den daraufhin erfolgten Strategiewechsel der PKK (Beendigung des bewaffneten Kampfes) und die Anerkennung der Türkei als EU-Beitrittskandidat im Dezember 1999.

Die Reformen von 2002-2005 machten den Weg für die Nutzung der kurdischen Sprache im privaten Bereich frei. Seitdem sind private Fernseh- und Rundfunksendungen mit zeitlichen und inhaltlichen Begrenzungen genauso erlaubt wie private kurdische Sprachkurse (sowohl die Sendungen als auch die Sprachkurse dürfen nicht im Widerspruch zum genannten Verfassungsgrundsatz stehen) und die kurdische Namensgebung (allerdings mit Verbot des Gebrauchs der im Kurdischen verwendeten Buchstaben q, w und x). Auf der anderen Seite brachte es den kurdischen politischen Parteien keine substanziellen Verbesserungen, dass Parteiverbote erschwert wurden, da sie alle nacheinander verboten wurden – zuletzt die kurdische Partei für eine demokratische Gesellschaft (DTP) im Dezember 2009. Zahlreichen Politikern der DTP wurde überdies ein Politikverbot für fünf Jahre auferlegt. Ferner wurde die Todesstrafe abgeschafft und somit die Todesstrafe von Öcalan in eine lebenslängliche Haft umgewandelt sowie der Ausnahmezustand aufgehoben. Letzteres hat jedoch nicht zu einer Verbesserung der nach wie vor prekären Situation der Binnenflüchtlinge geführt. Die EU-Kommission weist in ihren Türkei-Fortschrittsberichten auf diesen Umstand hin und betont, dass ernsthafte Anstrengungen erforderlich sind, um die Probleme der Binnenvertriebenen zu lösen, die sozio-ökonomische Entwicklung der Region umfassend voranzutreiben und die kulturellen Rechte allgemein zu fördern. Hinzu kommt, dass inzwischen

wieder militärische Sicherheitszonen eingerichtet wurden und dort die Ausübung der Grundrechte eingeschränkt ist. Ferner hat das türkische Parlament zwar den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte und den Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte der Vereinten Nationen ratifiziert. Ankara brachte jedoch eine Vorbehaltsklausel mit Verweis auf die einschlägigen Bestimmungen der Verfassung und des Vertrags von Lausanne von 1923 ein. Da nach diesen Bestimmungen Kurden nicht als Minderheit anerkannt sind, wird ihnen damit verwehrt, in den Genuss der in den internationalen Verträgen vorgesehenen politischen und kulturellen Rechte zu kommen.

Insgesamt hatten die verabschiedeten Reformen trotzdem eine Symbolwirkung, weil sie in der Geschichte der Republik erstmalig und weitreichend waren und hohe Erwartungen in der kurdischen Bevölkerung weckten. Sie legten den Rahmen für eine politische Lösung der Kurdenfrage fest: die Ausweitung der individuellen Rechte und Freiheiten im kulturellen Bereich unter Beibehaltung der staatsideologischen Grundlagen. Konkret bedeutet dies, die Erfüllung des politischen Beitrittskriteriums von Kopenhagen „Achtung und Schutz von Minderheiten“ möglichst restriktiv zu gestalten, um erstens die staatsideologischen Grundlagen nicht zu gefährden und zweitens die ethnisch-kulturelle Eigenständigkeit der Kurden als Gruppe nicht anzuerkennen. Das bewirkte, dass die Reformen nicht immer konsequent umgesetzt wurden und bis heute restriktiv gehandhabt werden. Weitergehende politische Forderungen nach Föderation oder Autonomie werden nach wie vor als auf eine Abspaltung gerichtete Ziele und somit als Gefahr für die territoriale und nationale Einheit angesehen und deshalb abgelehnt. Hierin liegt der nationale Konsens der türkischen Kurdenpolitik.

Die im Sommer 2009 angekündigte „Politik der demokratischen Öffnung“ hatte sowohl interne als auch externe Gründe. Sie war zum einen eine Reaktion auf die deutlichen Verluste der AKP bei den Kommunalwahlen im März 2009, aus denen die kurdische DTP in den Kurdenprovinzen gleichzeitig gestärkt hervorging. Ziel war es, der zunehmenden Wahrnehmung der AKP als einer antikurdischen Partei und den generellen Enttäuschungen in der kurdischen Bevölkerung entgegenzuwirken. Die AKP hatte sich vom Reformkurs von 2002-2005 verabschiedet und die traditionelle Sicherheitsstrategie wieder in den Mittelpunkt ihrer kurdenpoliti-

schen Agenda gestellt. Noch im Vorfeld der Kommunalwahlen hatte die AKP gehofft, durch die Einführung des kurdischen Staatssenders TRT 6 im Januar 2009 die Wählergunst der kurdischen Bevölkerung zu gewinnen. Trotz seiner symbolischen Bedeutung blieb dieser Schritt im Hinblick auf die wahltaktischen Absichten aber wirkungslos. Angesichts des digitalen Informationszeitalters und der bereits existierenden kurdischen Fernseh- und Radiosendungen außerhalb der türkischen Grenzen war dieser Schritt längst überfällig. Die „Politik der demokratischen Öffnung“ hatte aber auch eine regionalpolitische Dimension. Sie sollte die neue Öffnungspolitik gegenüber der föderalen Region Kurdistan-Irak untermauern und interne Unterstützung generieren.

Diese im November 2009 im Parlament vorgestellte Regierungsinitiative sah eine Ausweitung der Nutzung der kurdischen Sprache etwa in Wahlkämpfen oder in den Gefängnissen vor sowie die Wiedereinführung kurdischer Ortsnamen, die Einführung von Kurdisch als Wahlfach an Schulen oder des Faches „Kurdologie“ an Universitäten.

Diese Initiative ist deshalb bedeutsam, weil die Kurdenfrage erstmals im Parlament debattiert wurde. Dennoch verlor die „Politik der Öffnung“ schnell an Bedeutung, weil Folgeschritte ausblieben. Sie büßte aber auch an Glaubwürdigkeit ein, weil die AKP-Regierung die DTP aus dem Prozess ausschloss und der präsentierte Katalog die gestiegenen Erwartungen in der kurdischen Bevölkerung nur bedingt erfüllte. Hinzu kam, dass die AKP-Regierung kurz nach den Kommunalwahlen Mitte April 2009 eine Repressions- und Festnahmewelle gegen die DTP, die Union der Gemeinschaften Kurdistans (KCK), die als urbaner Ableger der PKK gilt, und weitere zivilgesellschaftliche Akteure startete, die zwar konträr zu einer „Politik der Öffnung“ stand, wohl aber Bestandteil der Doppelstrategie war, und das Militär den im Vorfeld der Kommunalwahlen einseitig von der PKK ausgehenden Waffenstillstand mit massiven grenzüberschreitenden militärischen Operationen erwiderte.

Marginalisierung der BDP und Eindämmung kurdischer Forderungen

Bezüglich der im Parlament vertretenen kurdischen BDP und den Forderungen aus dem Spektrum der kurdischen Politik und Zivilgesellschaft verfolgt die AKP-Regierung einen Konfrontationskurs, der

sich in einer repressiven Eindämmung wesentlicher kurdischer Politikinitiativen ausdrückt. Ziel ist es, den politischen Einfluss der BDP und ihrer erfolgreichen lokalen Politik über die zahlreichen BDP-Bürgermeister zurückzudrängen, die legalen politischen Räume für die Kurden einzugrenzen und die Kontrolle über die kurdische Politik zu behalten. Ein wesentlicher Grund ist die gestiegene politische Konkurrenz zwischen der AKP und der BDP um die Wählergunst in den kurdischen Gebieten. Als Nachfolgepartei der verbotenen DTP genießt die BDP – wie alle ihre seit Anfang der 1990er Jahre durch Wahlen legitimierten, aber nacheinander verbotenen Vorgängerinnen – eine deutliche Präferenz der kurdischen Bevölkerung. Bei den Parlamentswahlen vom Juni 2011 erlangte sie deutliche Erfolge in fast allen kurdischen Provinzen im Osten und Südosten und ist die einzige ernsthafte Konkurrenz für die AKP. Bislang lehnt die AKP einen Dialog mit der BDP ab, solange diese sich nicht von der PKK distanziert. Dabei verkennt sie, dass BDP und PKK aus dem gleichen gesellschaftlichen Reservoir schöpfen, das sich nur schwer trennen lässt.

Die BDP ist mit der Zeit politisch „robuster“ geworden. Auch hat sich die Interaktion zwischen der BDP, ihren Bürgermeistern und zahlreichen zivilgesellschaftlichen Akteuren vor Ort intensiviert. Sie agieren zunehmend in eine gemeinsame Richtung. Dies betrifft auch die neue Welle des Widerstands in Form von zivilem Ungehorsam und Aktionen, die unter dem Einfluss der Protestbewegungen im Nahen Osten und Nordafrika stehen. Diese Entwicklung und die regionalen Einflüsse haben eine Konsensbildung bezüglich der Forderungen aus dem politischen und dem zivilgesellschaftlichen kurdischen Spektrum begünstigt, die auch die PKK umfasst und das Handeln der türkischen Regierung immer mehr herausfordert.

Der Konsens bezieht sich auf folgende Forderungen: das Recht auf Erziehung in Kurdisch im staatlichen Erziehungs- und Bildungssystem, die Ausweitung der Kompetenzen der lokalen Verwaltungen, die Herabsetzung der Zehn-Prozent-Wahlhürde, die Aufnahme der kurdischen Nation in die neue Verfassung (verfassungsmäßige Anerkennung der kurdischen Nation), die Beendigung der militärischen und politischen Operationen und die Freilassung aller politischer Gefangenen einschließlich von Abdullah Öcalan. Die Maximalforderung ist die Gewährung von kollektiven Rechten im Rahmen einer Autonomie oder föderalen

Staatsstruktur, deren Form verhandelbar ist. Der Konsens umfasst auch die Überzeugung, dass die PKK als Teil des Kurdenkonfliktes zu sehen ist und daher eine politische Konfliktlösung die PKK und Abdullah Öcalan einbeziehen muss.

Während einige der genannten Forderungen eine Chance haben, zumindest teilweise bei Verhandlungen für eine neue Verfassung berücksichtigt zu werden, stoßen die übrigen auf starke Gegenreaktion der AKP und der Oppositionsparteien. Im Hinblick auf den Sprachfaktor ist die AKP-Regierung von ihrer strikten Ablehnung in den vergangenen Jahren abgewichen und hat die Einführung des Kurdischen als Wahlfach bewilligt, während die BDP dies als unzureichend ansieht.

Insgesamt üben diese Entwicklungen einen Handlungsdruck auf die AKP-Regierung aus, der sich in einer repressiven politischen Bekämpfungsstrategie niederschlägt. Den Höhepunkt stellen die seit April 2009 im Rahmen der sogenannten „KCK-Operationen“ laufenden Massenverhaftungen und -prozesse dar. Bislang wurden Tausende von Menschen unter dem Vorwurf der Zusammenarbeit mit der PKK und der Unterstützung des Terrorismus (Teilnahme an Kundgebungen, Reden etc.) verhaftet. Dabei handelt es sich nicht nur um Personen aus dem Umfeld der PKK-nahen Organisation KCK. Es sind vor allem Kommunalpolitiker, BDP-Aktivistinnen, BDP-Bürgermeister, Journalisten, Menschenrechtsaktivisten, Akademiker und Rechtsanwälte, die betroffen sind. Der Konfrontationskurs engt den kurdisch-politischen Handlungsspielraum ein und erschwert eine politische Neuformierung im Falle des gegenwärtig drohenden Parteiverbots der BDP und der Aufhebung der Immunität der BDP-Abgeordneten. Gleichwohl begünstigt er die gesellschaftliche Polarisierung und die Gewaltspirale.

Militärische und politische Bekämpfung der PKK

Seit Sommer 2012 sind die militärischen Auseinandersetzungen zwischen der PKK und dem Militär signifikant gestiegen. Die Gewalteskalation hängt zum Teil mit dem Bürgerkrieg in Syrien zusammen. Die PKK zieht aus diesem Krieg einen strategischen Nutzen, um ihre regionalpolitische Manövrierfähigkeit durch Allianzen zu erweitern und den Druck auf die Türkei zu steigern. Damit wurde die Bekämpfung der PKK aus der Sicht Anka-

ras einmal mehr zu einem Dreh- und Angelpunkt in der Behandlung der Kurdenfrage. Handlungen und deren mögliche Folgen werden fast durchweg durch die „Brille der PKK“ gesehen. Damit wird jeglicher Fortschritt im Innern und im regionalen politischen Gefüge von der Bekämpfung der PKK abhängig gemacht. Infolgedessen werden politische Prozesse blockiert und die Konsolidierung der Demokratie behindert. Auch die regionalen Beziehungen sowie die Beziehungen zu den USA und zur EU sind dadurch beeinträchtigt.

Die PKK, die mit Gewaltaktionen ihrerseits die Gegengewalt provoziert, wird sowohl militärisch als auch unter Nutzung von politischen Kanälen bekämpft. Dies umfasst nicht nur grenzüberschreitende militärische Operationen, die Verstärkung der militärischen Stützpunkte an den Grenzen, die Schaffung neuer Spezialeinheiten, die Sicherstellung der Unterstützung durch die USA und die föderale Region Kurdistan-Irak im Kampf gegen die PKK, sondern auch - entgegen der öffentlichen Positionierung der AKP-Regierung, dass man mit Terroristen nicht verhandele – geheime Gespräche mit der PKK, wie die inzwischen bekannt gewordenen „Oslo-Gespräche“ zeigen. Staatliche Vertreter führten eine Reihe geheimer Verhandlungen mit Öcalan und PKK-Vertretern mit dem Ziel, eine Waffenniederlegung zu erreichen. Es war seit langem ein offenes Geheimnis, dass staatliche Vertreter und die PKK solche Verhandlungen führten. Ob die unterbrochenen Gespräche wieder aufgenommen werden, ist gegenwärtig unklar.

Bislang ist die erhoffte militärische Lösung der PKK-Frage nicht gelungen, auch nicht nach der Verhaftung von Abdullah Öcalan. Dies hat mit der regionalen Einbettung des ungelösten Kurdenkonfliktes, der zunehmenden Politisierung der kurdischen Bevölkerung und der PKK selbst zu tun. Die PKK ist mittlerweile zu einer politischen Kraft geworden, die nicht nur in den „Bergen“, sondern auch in den „Städten“ präsent ist und über eine nicht zu unterschätzende gesellschaftliche Basis verfügt. Sie verfügt zunehmend auch über regionale Bedeutung und Macht. Schließlich verstärken die regionalen Entwicklungen (Golfkrieg 1991, Golfkrieg 2003, Ausstrahlungskraft der föderalen Region Kurdistan-Irak, Arabischer Frühling und Bürgerkrieg in Syrien) die Politisierung und den kurdischen Nationalismus in allen Teilen und fordern das Regierungshandeln heraus.

Eskalierende Gewalt und zunehmender Anpassungsdruck

Der interne und externe Anpassungsdruck auf die AKP-Regierung in der Kurdenfrage ist gestiegen. Zum einen geht die eskalierende Gewalt zwischen der PKK und dem Militär mit einer steigenden Diskrepanz zwischen der Regierungspolitik auf der einen und den politischen Forderungen aus dem Spektrum der kurdischen Politik auf der anderen Seite einher, die auch eine zunehmende gesellschaftliche Polarisierung widerspiegelt. Zum anderen ist der interne Gewaltkonflikt „regionalisiert“ und erfordert daher eine erweiterte politische Herangehensweise.

Die regionale Sichtbarkeit des kurdischen Faktors und der kurdische Nationalismus sind weit fortgeschritten. Intern genügt es nicht, nur kulturelle Individualrechte zu gewähren, während extern bereits eine kurdische Autonomie (im Nordirak) existiert und im Kontext des Bürgerkrieges in Syrien eine zweite kurdische Selbstverwaltung nicht auszuschließen ist. Bislang durchgesetzte Reformen reichen daher nicht aus, um den Weg für eine nachhaltige friedliche Konfliktlösung zu ebnen. Jede friedliche und nachhaltige Konfliktlösung setzt die Anerkennung der historisch tief verwurzelten Autonomiebestrebungen der Kurden voraus. Nur mit einer Kehrtwende in der Kurdenpolitik kann die AKP-Regierung erfolgreich auf den gestiegenen internen und externen Anpassungsdruck in der Kurdenfrage reagieren. Dabei gilt es, eine dem „Zeitgeist“ entsprechende glaubwürdige und kohärente Politik zu entwerfen, welche unter Berücksichtigung der politisch-nationalen und der regionalen Konfliktdimension die internen Anforderungen zur Grundlage nimmt, weitergehende autonome oder föderale Konfliktlösungsmöglichkeiten in Erwägung zieht sowie eine politische Lösung der PKK-Frage einschließt. Ein gegenseitiger Gewaltverzicht und ein Waffenstillstand sind unerlässlich, da sonst alle Schritte ins Leere laufen würden. Angesichts ihrer politischen Stärke hat die AKP-Regierung die Chance, im Rahmen einer neuen zivilen Verfassung den Weg hierzu zu ebnen, indem sie die Grundlagen für eine substanzielle Demokratie legt, die ideologischen Barrieren zugunsten eines demokratischen und pluralistischen Wertekanons überwindet, einen nationalen Konsens herstellt und an die vorhandenen Schnittmengen gemeinsamer Interessen auf beiden Seiten anknüpft.

Literatur

- Bahceli, Tozun, und Sid Noel (2011), *The Justice and Development Party and the Kurdish Question*, in: Marlies Casier und Joost Jongerden (Hrsg.), *Nationalism and Politics in Turkey. Political Islam, Kemalism and the Kurdish Issue*, London/New York: Routledge, 101-120.
- Candar, Cengiz (2011), *Dagdan Inis. PKK nasıl silah bırakır? Kürt Sorunu'nun Şiddetten Arındırılması*, Istanbul: TESEV Raporu, 25 Haziran.
- Eccarius-Kelly, Vera (2011), *The militant Kurds: A Dual Strategy for Freedom*, Santa Barbara, Calif.: Praeger.
- Gürbey, Gülistan (2006), *Implications of Turkey's Constitutional Reforms for the Kurds*, in: Mohammed Ahmed und Michael Gunter (Hrsg.), *The Kurdish Question and the 2003 Iraqi War*, Costa Mesa: Mazda Publishers Inc., 136-162.
- International Crisis Group (2011), *Turkey: Ending the PKK Insurgency*, Brussels, 20. September.
- International Crisis Group (2012), *Turkey: The PKK and the Kurdish Settlement*, Brussels, 11. September.
- Taspinar, Ömer (2005), *Kurdish Nationalism and Political Islam in Turkey: Kemalist Identity in Transition*, New York: Routledge.

■ Die Autorin

Dr. Gülistan Gürbey ist habilitierte Politikwissenschaftlerin und Privatdozentin am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft der Freien Universität Berlin. Ihre Forschungsschwerpunkte richten sich auf Außenpolitik in defekten Demokratien, Konfliktforschung und friedliche Konfliktbearbeitung, internationalen Minderheitenschutz, Migration und Integration. Den regionalen Schwerpunkt bildet der Nahe Osten mit Fokus auf der Türkei, Kurdistan und Zypern.

E-Mail: <dapir@web.de>

Webseite: <www.polsoz.fu-berlin.de/polwiss/forschung/international/vorderer-orient/team/privatdozentinnen/index.html>

■ GIGA-Forschung zum Thema

Im Rahmen des GIGA Forschungsschwerpunktes 2 „Gewalt und Sicherheit“ werden im Forschungsteam „Kriegs- und Friedensprozesse“ die Dynamiken von innerstaatlichen Gewaltkonflikten sowie die Möglichkeiten der friedlichen Konfliktbearbeitung vergleichend untersucht. Im Forschungsteam „Religion, Konflikt und Politik“ wird die Ausdifferenzierung von islamistischen Parteien in den Blick genommen. Im Rahmen der „Hamburg International Graduate School for the Study of Regional Powers“ und im Forschungsschwerpunkt 4 „Macht, Normen und Governance in den Internationalen Beziehungen“ werden die Außenpolitiken aufstrebender Mächte in Afrika, Asien, Lateinamerika und dem Nahen Osten analysiert.

■ GIGA-Publikationen zum Thema

Bank, André (2011), *Die Türkei und die Arabische Revolte: Regionalpolitischer Auf- oder Abstieg?*, GIGA Focus Nahost, 9, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/nahost>.

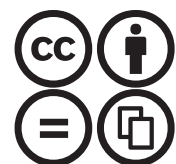
Bank, André, und Roy Karadag (2012), *The Political Economy of Regional Power: Turkey under the AKP*, GIGA Working Papers, 204, online: <www.giga-hamburg.de/workingpapers>.

Bank, André, und Erik Mohns (2013), in: Annette Jünemann und Anja Zorob (Hrsg.), *Arabellions. Zur Vielfalt von Protest und Revolte im Nahen Osten und Nordafrika*, Wiesbaden: VS Springer, i.E.

Jung, Dietrich (2011), *Auf dem Weg in eine neue Republik? Die Türkei nach dem Rücktritt des Generalstabs*, GIGA Focus Nahost, 8, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/nahost>.



Der GIGA *Focus* ist eine Open-Access-Publikation. Sie kann kostenfrei im Netz gelesen und heruntergeladen werden unter <www.giga-hamburg.de/giga-focus> und darf gemäß den Bedingungen der *Creative-Commons-Lizenz Attribution-No Derivative Works 3.0* <<http://creativecommons.org/licenses/by-nd/3.0/de/deed.en>> frei vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zugänglich gemacht werden. Dies umfasst insbesondere: korrekte Angabe der Erstveröffentlichung als GIGA *Focus*, keine Bearbeitung oder Kürzung.



Das GIGA German Institute of Global and Area Studies – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt *Focus*-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost und zu globalen Fragen heraus, die jeweils monatlich erscheinen. Ausgewählte Texte werden in der GIGA *Focus* International Edition auf Englisch veröffentlicht. Der GIGA *Focus* Nahost wird vom GIGA Institut für Nahost-Studien redaktionell gestaltet. Die vertretenen Auffassungen stellen die der Autoren und nicht unbedingt die des Instituts dar. Die Autoren sind für den Inhalt ihrer Beiträge verantwortlich. Irrtümer und Auslassungen bleiben vorbehalten. Das GIGA und die Autoren haften nicht für Richtigkeit und Vollständigkeit oder für Konsequenzen, die sich aus der Nutzung der bereitgestellten Informationen ergeben. Auf die Nennung der weiblichen Form von Personen und Funktionen wird ausschließlich aus Gründen der Lesefreundlichkeit verzichtet.

Redaktion: Henner Fürtig; Gesamtverantwortliche der Reihe: André Bank und Hanspeter Mattes

Lektorat: Silvia Bücke; Kontakt: <giga-focus@giga-hamburg.de>; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

GIGA Focus
German Institute of Global and Area Studies
Institut für Nahost-Studien

IMPRESSUM